



AMT DER
TIROLER LANDESREGIERUNG
Präsidialabteilung II/EU-Recht

A-6020 Innsbruck
Eduard-Wallnöfer-Platz 3

Tel.: (0512) 508-
Klappe: 2212

Fax: (0512) 508-2185

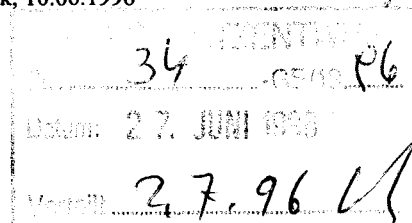
Sachbearbeiter: Dr. Thurner
DVR: 0059463

Bitte in der Antwort die
Geschäftszahl dieses
Schreibens anführen

Innsbruck, 10.06.1996

Präs. II/EU-Recht-25/684

An das
Bundesministerium für
Arbeit und Soziales
Stubenring 1
1010 Wien Telefax!



Betreff: Entwurf eines Sozialrechts-Änderungsgesetzes 1996; Stellungnahme

Zu Zl. 20.353/15-1/96 vom 21.05.1996

Zum übersandten Entwurf eines Sozialrechts-Änderungsgesetzes 1996 wird folgende Stellungnahme abgegeben:

Zu Art. I Z. 51 (§ 74a Abs. 1) Z. 86 (§ 176 Abs. 1 Z. 7) und Z. 160 (§ 564 Abs. 5 und 6):

Durch die geplante Änderung (Erhöhung des Beitrages von S 16,-- auf S 24,--) entstehen bei den Ländern Mehraufwendungen von 2,3 Millionen Schilling. Die geplante Ausweitung des Versicherungsschutzes ist Gegenstand der Beratungen der Finanzreferentenkonferenz am 17. und 18. Juni 1996.

Zu Art. I Z. 73 (§ 131 Abs. 1):

Die vorgesehene Regelung beim Kostenersatz für wahlärztliche Behandlung stellt einen deutlichen Eingriff in die bisherige Vergütungspraxis dar.

25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme werden unter einem der
Parlamentsdirektion zugeleitet.

Mit freundlichen Grüßen
Für die Landesregierung:

Dr. Arnold
Landesamtsdirektor

Abschriftlich

An alle Ämter der Landesregierungen

gesondert an die Verbindungsstelle der Bundesländer
beim Amt der Niederösterr. Landesregierung, Wien

an das Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst, Wien

an das Präsidium des Nationalrates, Wien, 25 Ausf.

an alle National- und Bundesräte in Tirol

zur gefl. Kenntnisnahme.

Für die Landesregierung:

Dr. Arnold

Landesamtsdirektor

F.d.R.d.A.:

Fracha